

1 **LiSL-Bundesmitgliederversammlung 2024**

2 **Beschluss**

3
4 **Das Morgen ist bunt – Unsere Positionen zur Bundestagswahl**

5
6 Lesben, Schwule, Bisexuellen, Trans*- und Interpersonen sowie queere Menschen
7 spüren zunehmend den Gegenwind des rauer werdenden gesellschaftlichen
8 Miteinanders. Als Liberale stehen wir fest an der Seite der Community und sind
9 zugleich ein Teil von ihr. Hass und Ausgrenzung dürfen nicht die Oberhand gewinnen.
10 Wir sind zuversichtlich: Das Morgen ist bunt! Das Grundgesetz und die darin
11 garantierten Bürgerrechte werden wir entschlossen verteidigen.

12
13 Trotz der Widerstände von Konservativen, Linkspopulisten und Rechtsradikalen hat
14 die Koalition aus FDP, Grünen und SPD ihren queerpolitischen Aufbruch unbeirrt
15 fortgesetzt. Schritt für Schritt werden die Versprechen der Freien Demokraten in
16 Gesetzen umgesetzt.

17
18 Schon jetzt hat diese Bundesregierung mehr erreicht als alle ihre Vorgänger:

- 19
20 • Die Verfolgung von homo- und transfeindlicher Hasskriminalität wurde verschärft.
21 • Das Selbstbestimmungsgesetz für Trans* Personen wurde beschlossen.
22 • Der nationale Aktionsplan „Queer Leben“ für mehr Akzeptanz wurde gestartet.
23 • Das Blutspendeverbot für Männer, die Sex mit Männern haben wurde abgeschafft.
24 • Vermeintliche Versteck-Möglichkeiten als Ablehnungsgrund für Asyl wurden
25 abgeschafft.
26 • Eine Rechtsberatung für LSBTIQ*-Flüchtlinge wurde auf den Weg gebracht.
27 • Gefährdete LSBTIQ* aus Afghanistan wurden aufgenommen.
28 • Das Hissen von Regenbogenflaggen an öffentlichen Gebäuden ist nun erlaubt.
29 • Das Gedenken an LSBTIQ* NS-Opfer wurde gefördert.

30
31 Um diesen Fortschritt langfristig abzusichern, ist die Ergänzung des Artikels 3
32 Grundgesetz von zentraler Bedeutung. Wir begrüßen den aktuellen Einsatz des
33 liberalen Bundesjustizministers für ein modernes Familien- und Abstammungsrecht.
34 Dies wird ein Meilenstein für viele Regenbogenfamilien sein. Zudem setzt sich die FDP
35 aktiv für die Zulassung von Eizellspenden und altruistischer Leihmutterchaft ein.

36
37 Im Folgenden definieren die Liberalen Schwulen, Lesben, Bi, Trans und Queer (LiSL)
38 die Projekte, die für uns an vorderster Stelle auf der queerpolitischen Agenda stehen –
39 sei es zur Umsetzung in dieser Wahlperiode oder als Teil des Wahlprogramms der

40 Freien Demokraten zur nächsten Bundestagswahl.

41

42 Ergänzung Artikel 3 Grundgesetz

43

44 Wir fordern eine Erweiterung von Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz um das Merkmal der
45 sexuellen Identität. Damit wird nicht nur ein starkes gesellschaftliches Signal gesetzt,
46 sondern die Gleichbehandlung auf Dauer abgesichert – unabhängig von politischen
47 Entwicklungen und gesellschaftlichen Stimmungslagen.

48

49 Verbesserung des Rechtsrahmens für Regenbogenfamilien

50

51 Regenbogenfamilien wollen wir stärken, indem Mehr-Elternschaften rechtlich aner-
52 kannt und rechtswirksame Elternschaftsvereinbarungen bereits vor der Empfängnis
53 ermöglicht werden. Bis zu vier Elternteile sollen im Interesse des Kindeswohls rechtli-
54 che Eltern sein können. Die Ehefrau der leiblichen Mutter soll von Geburt an
55 automatisch rechtlich zweite Mutter sein, wenn keine abweichende Elternschaftsver-
56 einbarung geschlossen wurde. Es darf keine Reform des Abstammungsrechtes
57 beschlossen werden, die Väterrechte einschränkt. Lesbische Mütter und schwule Väter
58 dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

59

60 Insbesondere in Patchwork-Situationen soll bei Stiefkindadoptionen das Verwandt-
61 schaftsverhältnis zu beiden leiblichen Elternteilen erhalten bleiben können, sofern dies
62 von den rechtlichen Eltern und dem adoptionswilligem Stiefelternteil einvernehmlich
63 gewünscht wird und es dem Kindeswohl nicht widerspricht.

64

65 Das gemeinsame Sorgerecht der rechtlichen Eltern soll der Regelfall werden und auf
66 Antrag im Blick auf das Kindeswohl überprüft werden können

67

68 Chancen der Reproduktionsmedizin für die Familiengründung nutzen

69

70 Die Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin sollen allen Menschen unabhängig vom
71 Familienstand zugänglich sein. Leihmutterschaft und Eizellenspenden sollen, wie be-
72 reits in vielen anderen Staaten der EU auch in Deutschland erlaubt werden. Dabei
73 sprechen wir uns sowohl für die altruistische Leihmutterschaft als auch für die Möglich-
74 keit der Vergütung für die Leihmutter aus. Die von der Bundesregierung eingesetzte
75 Kommission für reproduktive Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin hat
76 gerade deutlich gemacht, dass zumindest eine umfassende Übernahme von Kosten
77 und Verdienstauffällen angezeigt ist, gerade um jegliche Ausbeutungssituationen zu
78 verhindern. Voraussetzung ist für uns eine engmaschige Betreuung der Leihmütter
79 vor, während und nach der Schwangerschaft, eine gute Versicherung auch für Spätfol-

80 gen der Schwangerschaft und die Einhaltung klarer Standards. Die Ausnutzung einer
81 Notlage muss ausgeschlossen sein.

82

83 Menschenrechte global schützen

84

85 Weltweit werden Menschen aufgrund ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität
86 diskriminiert und verfolgt. Die Verfolgung nimmt in Teilen Afrikas, im Nahen Osten
87 und in Russland weiter zu. Die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik muss regel-
88 mäßig über die Situation von LSBTIQ* berichten und sich aktiv für den weltweiten
89 Schutz von LSBTIQ* einsetzen.

90

91 Nirgendwo dürfen einvernehmliche gleichgeschlechtliche Handlungen sowie vielfäl-
92 tige sexuelle oder geschlechtliche Identitäten von Menschen kriminalisiert werden. Bei
93 Strafverschärfungen gegen LSBTIQ* ist die Entwicklungszusammenarbeit im Dialog
94 mit LSBTIQ*-Menschenrechtsverteidigern vor Ort auf den Prüfstand zu stellen, die Zu-
95 sammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen zu beenden und ggf. die Budgethilfe zu
96 streichen.

97

98 LSBTIQ*-Anliegen sollen innerhalb der Institutionen der deutschen Auswärtigen Poli-
99 tik und staatlichen Entwicklungszusammenarbeit verankert werden, u. a. durch Aus-
100 und Weiterbildung, Sensibilisierungsarbeit, Integration von LSBTIQ*-Anliegen in Län-
101 derstrategien und Berichterstattung. Wo immer möglich, ist die Selbsthilfe von
102 LSBTIQ* innerhalb von Verfolgerstaaten finanziell und ideell zu fördern.

103

104 Analog zur Anlagepolitik der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld fordern wir die Einbe-
105 ziehung menschenrechtlicher Kriterien in die Anlagepolitik der anderen
106 Bundesstiftungen sowie der Aktienrente. Insbesondere Investitionen in Länder, die die
107 Todesstrafe gegen LSBTIQ* verhängen, sind auszuschließen.

108

109 Einsatz für LSBTIQ*-Rechte in der EU

110

111 Im Rat der EU soll die Bundesregierung auf einen europaweiten Schutz von LSBTIQ*-
112 Rechten hinwirken. Die systematische Ausgrenzung in Ungarn, das Homopropaganda-
113 Gesetz in Bulgarien und der europaweite Anstieg verbaler und gewaltsamer Übergriffe
114 gegen LSBTIQ* sind inakzeptabel und mit europäischen Werten nicht vereinbar.

115

116 Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit eines EU-Landes müssen konkret und direkt
117 sanktioniert werden können. Wir fordern die EU auf in ihren Beziehungen zu Drittstaa-
118 ten, auch in Handelsfragen, die Dimension der Menschenrechte weiterhin
119 einzubeziehen. Den Rechten von LSBTIQ* ist dabei konkretes Augenmerk zu geben.

120

121 Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass alle in
122 der EU geschlossenen, auch gleichgeschlechtlichen Ehen mit allen Rechten und Pflich-
123 ten EU-weit anerkannt werden. Ggf. ist das Instrument der verstärkten
124 Zusammenarbeit zu nutzen.

125

126 Gesundheitsversorgung für LSBTIQ* verbessern

127

128 Geschlechtszuweisende Operationen im Kindesalter werfen nicht nur menschenrecht-
129 lichen Fragen auf, sondern führen auch zu lebenslangen Folgekosten im
130 Gesundheitswesen. Wir setzen uns daher für eine umfassende Evaluation des Gesetzes
131 zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung ein, mit dem Ziel,
132 mögliche Schlupflöcher zu identifizieren und zu schließen.

133

134 Außerdem fordern wir, dass die Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen bei
135 Trans*personen zuverlässig und vollständig von den Krankenkassen übernommen
136 werden.

137

138 Darüber hinaus streben wir die Ausweitung des unentgeltlichen Screenings auf sexuell
139 übertragbare Infektionskrankheiten für alle schwulen und bisexuellen Männer an, ins-
140 besondere wenn Männer, die Sex mit Männern haben (MSM), als besondere
141 Risikogruppe gelten. Bisher erhalten nur PreP-Nutzer einen regelmäßigen kostenlosen
142 STI-Check. Eine Diskriminierung von Kondom-Nutzern gegenüber PrEP-Nutzern
143 lehnen wir entschieden ab.

144

145 Schließen von Lücken beim Verbot von Konversionsbehandlungen

146

147 Wir fordern die Aufhebung der Strafausnahmen in § 5 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz
148 vor Konversionsbehandlungen und die Prüfung der Möglichkeit eines vollständigen
149 Verbots solcher Behandlungen auch bei Erwachsenen. Darüber hinaus setzen wir uns
150 für eine verstärkte, aufklärende Öffentlichkeitsarbeit ein, um über die Risiken von Kon-
151 versionsbehandlungen zu informieren und ein Bewusstsein für die schädlichen
152 Auswirkungen zu schaffen.

153

154

155

156 Aktionsplan „Queer Leben“ umsetzen

157

158 Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des Aktionsplans „Queer Leben“ ein.
159 Wir fordern verstärkte Maßnahmen gegen Hass und Diskriminierung sowie für die Ak-

160 zeptanz von LSBTIQ*-Personen.

161

162 Die Finanzierung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld muss gesichert werden, um
163 weiterhin wichtige Projekte zu fördern. Zum Erhalt des Stiftungsvermögens ist eine
164 Zustiftung des Bundes von mindestens 5 Millionen Euro erforderlich, um das Stiftungs-
165 kapital dauerhaft in seiner Substanz erhalten. Zudem muss die Stellenzuweisung an
166 die Stiftung bei den Zuschüssen des Bundes deutlich angehoben werden, um die Nut-
167 zung vorhandener Sachmittel für die Stiftungsziele auch abwickeln zu können.

168

169 Zudem ist ein umfassendes Diversity Management im öffentlichen Dienst, in
170 öffentlichen Unternehmen und in Sicherheitsorganen essenziell. Schul- und
171 Jugendaufklärungsprojekte sowie Diversity im Sport verdienen besondere
172 Aufmerksamkeit. Auch die Unterstützung von Regenbogenfamilienprojekten wie im
173 Aktionsplan vorgesehen ist ein zentraler Bestandteil unserer Bestrebungen.

174

175 Sexarbeit: Keine Kriminalisierung

176

177 Als Liberale setzen wir uns für den Erhalt der Grundausrichtung des
178 Prostitutionsschutzgesetzes ein und wollen es zu einem Sexarbeiterschutzgesetz
179 weiterentwickeln. Dies soll alle Formen der Sexarbeit in den Blick nehmen und dabei
180 die gesundheitliche Versorgung, sozialarbeiterische Betreuung sowie rechtliche
181 Beratung verbessern. Wir lehnen Veränderungen in Richtung des nordischen Modells
182 entschieden ab. Gleichzeitig ist es uns wichtig, die Perspektiven von selbstbestimmter
183 gleichgeschlechtlicher, trans* und queerer Sexarbeit in die Debatte einzubringen und
184 zu berücksichtigen. Diese dürfen keine Kollateralschäden einer hetero-cis-normativen
185 Prostitutionsdebatte sein.

186

187 Standardmäßige Einrichtung der Position des Queerbeauftragten der 188 Bundesregierung

189

190 Wir setzen uns dafür ein, dass die Position eines Queerbeauftragten der Bundesregie-
191 rung fest etabliert wird, ähnlich wie es bereits bei der Migrationsbeauftragten der Fall
192 ist. Diese standardmäßige Einrichtung würde ein starkes Signal setzen und sicherstel-
193 len, dass die Anliegen und Rechte queerer Menschen auf höchster politischer Ebene
194 kontinuierlich vertreten werden. Wir regen allerdings an, dass das Amt nicht von einem
195 Staatssekretär eines Fachministeriums ausgeübt wird, da dies regelmäßig zu Rollen-
196 konflikten führen kann.